



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch**

**Dirr, Pius**

**München [u.a.], 1925**

18. Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

Nr. 16

**Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des  
Äussern**Telegramm Berlin, den 23. Juli 1914, 9<sup>30</sup> vorm.

Überreichung österreichischer Note an Serbien erfolgt schon heute nachmittag.

Fristablauf Samstag, nachmittag 5 Uhr.

Schoen

Nr. 17

**Der Vorsitzende im Ministerrate an die Gesandtschaft  
in Berlin**Telegramm München, den 23. Juli 1914 7<sup>55</sup> nachm.  
Angekommen 8<sup>28</sup> nachm.

Ersuche im Auswärtigen Amt anzufragen, ob gegen die Zustellung österreichischer Einberufungsorders an in Bayern lebende österreichische Wehrpflichtige durch Vermittelung bayerischer Behörden Bedenken bestehen.

Formelles Gesuch liegt noch nicht vor.<sup>1)</sup>

Hertling

Nr. 18

**Der Geschäftsträger in Berlin an den Vorsitzenden im  
Ministerrate**

Bericht 394 Berlin, den 23. Juli 1914

Wie ich gestern abend in später Stunde erfahren und Ew. Exz. soeben mit chiffrierter Depesche gemeldet habe<sup>2)</sup>, soll nach einem neueren Entschluss des Wiener Kabinetts die Überreichung der österreichischen Note an Serbien nicht erst am 25., sondern schon heute gegen Abend erfolgen, und zwar tunlichst so spät, dass ihr Inhalt in Petersburg nicht vor der heute abend um 11 Uhr stattfindenden Abreise des Herrn Poincaré nach Stockholm bekannt werden kann.

<sup>1)</sup> Der Geschäftsträger in Berlin antwortete telegraphisch am 24. Juli: „Reichsleitung ohne Bedenken.“

<sup>2)</sup> Siehe B, 16.

Morgen vormittag soll dann die Note den Grossmächten durch die Vertreter Österreich-Ungarns offiziell zur Kenntnis gebracht werden. Die Note wird von einem Annexe begleitet sein, in dem das Ergebnis der Untersuchung über das Attentat von Serajewo niedergelegt ist, und die Mitschuld auch amtlicher serbischer Kreise nachgewiesen wird.

Die von einzelnen Blättern gebrachte Meldung, wornach der serbischen Regierung eine Frist für die Annahme der österreichischen Forderungen nicht gestellt werde, ist unzutreffend; vielmehr wird, wie ich Ew. Exz. bereits zu melden die Ehre hatte, eine Frist von nur 48 Stunden statuiert.

Das lange Zuwarten des Wiener Kabinetts hat an den hiesigen amtlichen Stellen unangenehm berührt, und man hätte gewünscht, dass das Sühneverlangen der Ermordung des Erzherzogs möglichst auf dem Fusse gefolgt wäre. Aber das mehr scheinbare Zaudern der österreichischen leitenden Kreise hat doch auch sein Gutes gehabt, denn in Serbien hat man sich dadurch zu dem Glauben verleiten lassen, dass Österreich es auch diesmal nicht zum Äussersten kommen lassen werde. In diesem Glauben aber hat die serbische Presse und hat sogar der serbische Ministerpräsident Österreich gegenüber eine Sprache angenommen, die für die österreichische Regierung die beste Rechtfertigung zu ihrem Vorgehen vor der Welt bildet.

Über die weitere Entwicklung der Dinge lässt sich heute eine sichere Voraussage nicht geben. Die Möglichkeit besteht ja immerhin, dass Serbien zu Kreuz kriecht und sich den Forderungen Österreichs unterwirft. Nach seiner bisherigen Haltung zu schliessen, ist die Wahrscheinlichkeit hierfür allerdings eine recht geringe. Weist es die österreichischen Forderungen zurück, so fragt es sich, ob man in Österreich dann zunächst die Mobilisierung durchführt — wozu 12 bis 16 Tage benötigt werden — oder ob man zur Durchsetzung der Forderungen gleich in Serbien einrückt.

Auch über die Haltung, die die österreichische Regierung nach der Niederwerfung Serbiens einzunehmen gedenkt, ist das Auswärtige Amt noch nicht unterrichtet. Wie mich mein Gewährsmann hat wissen lassen, hat die Unterredung des Botschaftsrats Prinzen Stolberg mit dem Grafen Berchtold, von der ich Ew. Exz. in meinem gehorsamsten Bericht vom 18. lfd. Mts. Nr. 386 Meldung machte, nur „zum Teil“ stattgefunden. Graf Berchtold soll nämlich erklärt haben, dass „eine dauernde Besetzung serbischen Gebietes von österreichischer Seite nicht beabsichtigt sei, und daher auch etwaige Kompensationen für dritte (Italien) nicht in Frage kämen“.

Offenbar will sich das Wiener Kabinett nicht vorzeitig die Hände binden, sondern den weiteren Verlauf der nun beginnenden Auseinandersetzung abwarten.

Von entscheidender Bedeutung wird es dabei sein, ob die Lokalisierung des Konflikts gelingt oder nicht.

v. Schoen